

## Diskussion (Arbeitsgruppe 3/Runde 2)

---

**Michael Wendl:** Die Einschätzung Müller-Jentschs dass es innerhalb der Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Düsseldorfer Programm von 1963 eine linkskeynesianische Epoche gegeben habe, teile ich nicht. Ich glaube vielmehr, dass ein über die so genannte neo-klassische Synthese hinausgehender Keynesianismus in Deutschland nie Verbreitung gefunden hat. Darunter leidet die deutsche Wirtschaftswissenschaft noch heute.

Bei dem Beitrag von Streeck ist mir nicht ausreichend klar geworden, was ihn in der Analyse eigentlich vom harten Neoliberalismus unterscheidet. Ich bestreite eine ganze Reihe von tragenden Pfeilern seiner Argumentation und habe in der Frage der Arbeitskosten, auch der Arbeitsmarktflexibilität eine ganz andere Sicht. Denn insgesamt gesehen hat Deutschland kein Arbeitskostenproblem auf den internationalen Märkten. Dafür gibt es viele makroökonomische Argumente, z. B. den Langjährigen und zur Zeit steigenden Aussenhandelsüberschuss Deutschlands und Europas, während die USA ein chronisches Aussenhandelsdefizit haben. Auch amerikanische Wissenschaftler weisen darauf hin, dass das Beschäftigungswachstum in den USA nicht mit den niedrigen Löhnen, sondern mit der expansiven Geldpolitik der Zentralbank zu erklären ist. Streeck scheint mir das Gleiche zu wollen wie der Neoliberalismus, nämlich die Lösung der Beschäftigungsmisere mittels Deregulierung des Arbeitsmarktes, Senkung der Arbeitskosten, weiterer Spreizung der Löhne nach unten, aber er möchte das im Unterschied zu den Hart-Neoliberalen mit Zustimmung und tätiger Mithilfe der Gewerkschaften erreichen. Ein bisschen droht er dabei mit dem Betriebsverfassungsgesetz. Das werden Sie nicht schaffen, so lange es demokratische Gewerkschaften gibt!

Keynes hat in einem Punkt völlig recht, wenn er im Vorwort der Allgemeinen Theorie sagt: Glücklicherweise sind die Arbeiter bessere Wirtschaftler als es die klassische Schule ist. Damit meint er das, was wir heute in der Wirtschaftstheorie als neoklassische Schule bezeichnen. Keynes sagt dann auch, warum das so ist: weil die Arbeiter sich gegen bestimmte Senkungen der Löhne wehren. Streeck hat außer ein paar Schimpfwörtern wie „vulgärkeynesianisch“ kein einziges Argument gebracht, warum die keynessche Analyse, dass die Beschäftigungskrise durch einen Mangel an effektiver Nachfrage herbeigeführt wird, falsch ist. Im übrigen argumentiert Streeck mit der Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes. Danach stellt sich, anders als bei der Arbeitswerttheorie, das Problem mangels der effektiver Nachfrage nicht. Solange nicht eine Auseinandersetzung darüber stattfindet, ob die Beschäftigungskrise in Europa das Resultat starrer Arbeitsmärkte oder eines Mangels an effektiver Nachfrage ist, so lange kommen wir in der Diskussion inhaltlich nicht weiter.

**Bernhard Nagel:** Die Gewerkschaften befinden sich in der Tat auf dem Rückzug und das Beispiel Holland enthält viele vorbildliche Elemente. Dennoch halte ich die Prämisse für falsch, eine Abhilfe des gegenwärtigen Desasters sei nur durch eine Beschäftigungsexpansion, und zwar mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln möglich. Wir müssen an der internationalen Geld- und Finanzpolitik ansetzen, wenn wir eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik machen wollen. Da ist Keynes ziemlich modern. Mir ist übrigens unbegreiflich, in welcher Weise man jetzt über Keynes herfällt. Wie kann also die Dominanz der Spieler, die sich heute auf den Finanzmärkten herumtreiben, gebrochen und gesteuert werden? Ich sehe eine Chance dafür in der Europäisierung, weiß allerdings auch nicht, wie es konkret funktionieren könnte, von einer einheitlichen Geld- und Finanzpolitik sozusagen automatisch zur richtigen Arbeitsmarktpolitik zu gelangen. Den Gewerkschaften zu raten: Du hast keine Chance, nutze sie, scheint mir keine Lösung des Problems zu sein.

**Walther Müller-Jentsch:** Linkskeynesianisch ist kein geschützter Begriff. Ich habe mich eher auf die Praxis bezogen, also eine für die Gewerkschaften kommode Variante des Keynesanismus, in der die Kaufkrafttheorie aufgehoben ist und die Lohnrigidität eine positive Funktion hat, um den Abschwung abzubremesen.

**Wolfgang Streeck:** Wir sollten in dieser Diskussion keine Pappkameraden aufbauen. Nichts von dem, was ich gesagt habe, hat etwas mit einem Abbau des Sozialstaates zu tun. Ich habe skandinavische und holländische Beispiele und nicht die Vereinigten Staaten erwähnt. Die Dänen haben einen sehr viel ausgebauteren Sozialstaat als wir. Sie erhalten ihn allerdings mit einem Beschäftigungsniveau von achtzig Prozent, weil sie ihn auf eine bestimmte Weise finanzieren, die nicht beschäftigungsschädlich ist. Man kann die Sozialsysteme nicht erhalten, indem man sie lässt, wie sie sind, wenn sich die Verhältnisse ändern. Wer das, wie Herr Wendel, als neoliberal bezeichnet, versperrt sich den Weg zu einer Diskussion. Ich wäre zum Beispiel außerordentlich zufrieden, wenn die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften in den vergangenen 10 Jahren das gemacht hätten, was die Schweden gemacht haben, die jetzt einen Haushaltsüberschuss verzeichnen. Sie haben ihren Haushalt aggressiv konsolidiert und liegen bei 4 oder 5 Prozent Arbeitslosigkeit. Dabei haben sie den Sozialstaat nicht abgebaut. Und sie haben konkret gehandelt im Hinblick auf Flexibilität des Arbeitsmarktes, Senkung der Arbeitskosten, Anpassung der Lohnfindung an dezentralisierte Produktivitätsprofile. Es gibt noch etwas zwischen den Alternativen Status quo und Neoliberalismus. Nirgendwo steht geschrieben, dass Gewerkschaften in modernen Gesellschaften verschwinden müssen. Es kann aber sein, dass sie Fehler machen mit dem Ergebnis, dass sie verschwinden. In Amerika hat die Zentralbank beschäftigungspolitisch positiv reagiert, dadurch ist Beschäftigung entstanden. Sie konnte das unter zwei Bedingungen tun: die erste war ein entgewerkschafteter Arbeitsmarkt, ohne Inflationsgefahr - was ich persönlich sehr schlecht finde. Die zweite war ein Deal mit der Regierung, wonach die Zentralbank bei einer definitiven Zusage zur Haushaltskonsolidierung bereit war, fiskalisch etwas nachzulassen. Dagegen hätte ich nichts. Das ist allerdings der Preis einer solchen Politik. Übersetzt nach Europa: Wenn die Voraussetzungen der Fiskalpolitik und der Lohnpolitik überall geschaffen sind, kann die Europäische Zentralbank auf mehr Beschäftigung setzen. Voraussetzungen dafür sind Haushaltskonsolidierung und mäßige Lohnpolitik. Das ist nicht zuletzt deshalb so, weil die deutsche Regierung mit Unterstützung der deutschen Gewerkschaften dafür war, dass die europäische Geldpolitik in die Europäische Zentralbank verlagert wird. Über diesen Hebel entscheiden also 12 andere Regierungen mit. Die Vorstellung, dass wir in Deutschland, um unsere Beschäftigungsprobleme zu lösen, irgendeinen monetärpolitischen Hebel ziehen könnten, ist völlig illusionär.

Noch ein Satz zu Keynes: Die keynesianische Theorie war eine Theorie, die die Steuerung der Wirtschaft aus dem Schatzamt, aus dem Finanzministerium beschrieben hat. Sie setzte völlig flexible Märkte, einschließlich der Arbeitsmärkte voraus. Sie setzte zu ihrem Gelingen ferner voraus, dass es keine ordentlichen Gewerkschaften gab oder zumindest eine Art von Einschränkung jeder Tarifautonomie. Für Keynes waren Lohnabsprachen, war Lohnmoderation Voraussetzung. Das kann auch gar nicht anders sein, denn der geldpolitische Impuls darf nicht in Lohnerhöhungen verbraucht werden, sondern muss in Beschäftigung umgesetzt werden. Ich nenne als Beispiel die schwedische sozialdemokratische Regierung von 1932, die als erste keynesianische Politik anwendete. Dann streikten die Bauarbeiter den ganzen Winter lang. Die Regierung ging dagegen so hart vor, dass die Gewerkschaft hinterher gebrochen war. Die Begründung lautete: Wenn der Staat die Verantwortung für das Beschäftigungsniveau übernehmen soll, dann müssen sich die Tarifpartner so verhalten, dass er das auch kann. Es gibt keine keynesianische Wirtschaftspolitik ohne Lohndisziplin. Diese beiden Dinge sind untrennbar.

**Hartmut Limbeck:** Zu dem Beispiel Niederlande gehört auch, dass hier ein kleines Land mit enormem Exportüberschuss mittels Lohndumping zu Lasten anderer versucht, eigene Probleme zu lösen. Das ist kein Konzept für ein Land von der Größenordnung der Bundesrepublik.

Die These von Herrn Streeck unterstellt, dass der Markt, wenn man ihn denn nur vernünftig reguliert, von selbst Arbeitsplätze schafft. In der Praxis schaffen Unternehmer nur dann einen Arbeitsplatz, wenn er produktiv ist, also zu Gewinnen führt. Die Lohnstückkosten sind in der Bundesrepublik ausgesprochen niedrig, niedriger als bei Konkurrenznationen, sodass die Reduzierung von Arbeitskosten nicht das Problem sein kann. Die vergangenen Jahre waren dadurch gekennzeichnet, dass die Produktivität wesentlich höher lag als das Wirtschaftswachstum. Bei einer solchen Marktsituation kann man weder durch Deregulierung noch durch Niedriglöhne zu mehr Arbeitsplätzen kommen. Deshalb muss auch über staatliche Maßnahmen der Arbeitsmarkt angeschoben, werden, sei es durch die Schaffung von Nachfrage, sei es durch Beschäftigungsprogramme. Die Rente mit 60 kostet siebeneinhalb Milliarden DM. Rechnet man die gesellschaftliche Ersparnis der Arbeitslosigkeit dagegen, sieht die Kostenfrage ganz anders aus. Man hört zurzeit nur über die Ausgabenseite des Staates etwas, dabei gibt es auf der Einnahmeseite einiges zu tun. Steuerhinterziehung, Vermögenssteuer, das alte Thema Ergänzungsabgabe müssen wieder ins Gespräch gebracht werden. Das wären Wege, über die staatliche Aufgabe auch mehr Arbeitsschaffung zu finanzieren, sodass wir einen An Schub für mehr Nachfrage bekommen.

**Detlef Hensche:** Vorweg plädiere ich für einen denunziatorischen Waffenstillstand. Ich unterstelle Streeck nicht Neoliberalismus, wehre mich allerdings auch dagegen, dass Kritiker einer monetaristischen Obsession als Vulgärkeynesianer gescholten werden. Niemand hier im Saal dürfte für eine Deregulierungspolitik nach amerikanischem Muster plädieren. In den genannten europäischen Fällen sehe ich erhebliche Unterschiede in den historisch angelegten Pfaden der sozialen Sicherungssysteme. Nehmen wir Holland: Der wesentliche Faktor bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit dort war, um mit Streeck zu sprechen, eine gigantische Sanktionsstilllegung. In den Niederlanden gibt es 900.000 Frühinvaliden. Das war bis weit in die neunziger Jahre hinein der wirksamste Beitrag zur Verminderung der niederländischen Arbeitslosigkeit. Es gibt OECD-Statistiken, wonach die holländische Arbeitslosenquote unter Einrechnung dieser Invalidität ab 55 heute bei 20 Prozent läge. Wer also das holländische Beispiel rühmt, sollte das Konzept der „Rente ab 60“ nicht so unbedingt verurteilen. Trotzdem bin ich nicht der Meinung, dass dies der Königsweg sei. Das ist nicht der Aufbruch in eine

neue Definition von Erwerbsarbeit und Arbeitsgesellschaft. Der zweite Teil des holländischen Weges ist die Förderung von Teilzeit. Ich weise darauf hin, dass es in der Bundesrepublik keinen Tarifvertrag gibt, der irgendeine Sperrwirkung gegen die Vermehrung von Teilzeit entfaltet. In den Niederlanden gibt es eine allgemeine, von allen finanzierte Rente, die mindestens bei 2.000 Gulden im Monat liegt. Den Schrei der Empörung bei BDI und BDA stelle ich mir vor, wenn wir ein solches System bei uns einführen würden. Und gerade das schafft erst Flexibilität. Kein Gewerkschafter verkündet den Irrsinn, wir würden mit hohen Lohnabschlüssen die Arbeitslosigkeit überwinden. Wir wehren uns allerdings gegen eine rigide staatliche Sparpolitik, die sich negativ auf die Binnennachfrage auswirkt. Durch Sparprogramme und durch Nicht-Ausschöpfung des Verteilungsspielraums wird Arbeitslosigkeit zusätzlich gesteigert.

**Ursula Engelen-Kefer:** In der bisherigen Diskussion fehlt die Rolle der Unternehmen. Ich höre viel über Flexibilisierung, darüber, was die Arbeitnehmer alles tun müssen, wo sich Gewerkschaften zurückhalten müssen, wie man den Sozialstaat wieder in Ordnung bringen kann. Aber welche Rolle haben die Unternehmer bei all diesen Überlegungen. Gehen sie frei aus?

**Wolfgang Streeck:** Da ist sehr viel zu verlangen, und wir verlangen ja auch viel. Ich habe aus der Erfahrung mit der Mitbestimmungskommission gelernt, dass wir in Deutschland den großen Vorzug haben, in den Unternehmen, jedenfalls den großen, einen Mechanismus eingebaut zu haben, der die Unternehmer sehr weitgehend zu einem sozialverantwortlichen Verhalten gegenüber ihren Beschäftigten verpflichten kann. Das ist gut so und das muss so bleiben. Was meine ich mit sozialverantwortlich? Unternehmen müssen sich zum Beispiel an Recht und Gesetz halten, an Tarifverträge, an Arbeitsschutz - diese Dinge sind bei uns einigermaßen ordentlich durchgesetzt. Zu fragen wäre, ob man den Unternehmen heutzutage nicht vielmehr abverlangen sollte, dass sie etwas für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie tun. Das könnte man den Unternehmen sozusagen als nächste Zivilisationsstufe ihres Umgangs mit ihren Belegschaften auferlegen. Es wäre dann die Aufgabe des Managements, sich Wege auszudenken, wie sie mit solchen sozial auferlegten Restriktionen effizient wirtschaften können. Wir haben in dieser Hinsicht von unseren Unternehmen in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern immer einiges verlangt. Die Amerikaner haben es da einfacher, obwohl die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dort mittlerweile zu einem großen Thema wird. Ein anderes Thema lautet übrigens „equal opportunity“. Die Unternehmen haben viele Vorschriften zu beachten, um für Frauen, Schwarze usw. so etwas wie Gleichheit der Aufstiegs- und Ausbildungschancen zu gewährleisten. Das nenne ich eine zivilisierende Forderung gegenüber der Wirtschaft. So etwas könnten wir mittels Tarifverträgen durchsetzen. Ich betone nochmals: Ich habe explizit gesagt, dass der Umstand, dass der Arbeitsmarkt bei uns kein Markt mehr ist, sondern sozusagen sehr stark sozialpolitisch reguliert ist, bewahrenswert ist. Doch daraus erwächst auch Verantwortung.

Zur Frage Lohnkosten und Makroökonomie: Wir müssen uns abgewöhnen, in nationalen Aggregaten zu denken. Die Zeit dafür ist vorbei. Ein nationales Aggregat hat nur dann Sinn, wenn ihm die Handlungshebel beigegeben sind. Wenn wir keine nationale Geldpolitik mehr machen können, hat die nationale Inflationsrate eigentlich überhaupt keinen Sinn mehr. In der Lohnstückkostenfrage ist es richtig zu sagen, dass wir sehr gute, international vergleichbare Lohnstückkosten haben, wenn wir den nationalen Durchschnitt nehmen. Man kann aber seine Produktivität, mit der wir das hinbekommen, durch verschiedene Methoden steigern. Wir steigern sie auch durch Ausbildung. Wir steigern sie auch durch Innovation.

---

Aber die Hälfte unserer Produktivitätszuwächse in der Industrie in den letzten Jahren kommt durch Entlassungen zustande. Wenn man weniger produktive Leute entlässt, steigt die Produktivität. Bei heutigen Unternehmensorganisationen kann man immer 2 Prozent der Beschäftigten ohne Produktionseinbußen abschmelzen. Die Kapital-Arbeits-Quote in unseren Unternehmen ist heute flexibel. Sie unterliegt mangelnder organisatorischer Gestaltung. Jeder Gewerkschafter weiß das. Die Arbeitsintensivierungsfähigkeit ist riesig. Wir haben uns auf eine Produktivitätssteigerungsstrategie eingelassen, die zum Teil durch Entlassungen zustande kommt und zum Teil - noch perverser, wenn man das nationale Aggregat anschaut - dadurch zustande kommt, dass wir einen kleinen Dienstleistungssektor haben bzw. einen, in dem Dienstleistungen in Schwarzarbeit oder in 630-Mark-Jobs vollbracht werden, die nicht zählen. Wenn man keinen Dienstleistungssektor hat, ergibt das im nationalen Durchschnitt immer günstige Lohnstückkosten, das ist kein Kunststück. Wollen wir das? Und wenn das so ist, können dann die niedrigen Lohnstückkosten und die hohe Produktivität als Rechtfertigung dafür herangezogen werden, in der nächsten Runde die Löhne noch einmal zu erhöhen? Was dann wieder dazu führt, dass wir noch höhere Produktivität bekommen, weil noch mehr Leute rausgesetzt werden, und dass der Zuwachs im Dienstleistungssektor nicht stattfinden kann, weil die Löhne nicht differenziert genug sind. Ich sage: Das hat mit Neoklassik, mit Klassik oder mit neo-liberal überhaupt nichts zu tun. Das hat etwas mit schlichter Mathematik zu tun. Man erzielt hervorragende Lohnstückkosten, wenn man einen kleinen Dienstleistungssektor hat. Gleichzeitig hat man aber hohe Arbeitslosigkeit, und was wir haben, ist eine hohe Steigerung der Arbeitslosigkeit bei hoher Steigerung der Produktivität. Wir müssen dringend überlegen, wie wir aus dieser Schleife herauskommen können.